

Europas Probleme mit der Energie-Sicherheit lassen den Kontinent im Kalten stehen

geschrieben von Chris Frey | 7. Dezember 2021

[Emily Holland](#)

Commentary

In diesem Winter könnten in Europa die Lichter ausgehen. Der Kontinent sieht sich mit einer schweren Energiekrise konfrontiert, die zu einer sehr kalten und dunklen Weihnachtszeit auf dem gesamten Kontinent führen könnte. Die Erdgaspreise sind [fünfmal](#) so hoch wie vor einem Jahr, was auf einen starken Anstieg der Nachfrage nach der Pandemie, einen kälteren Frühling als üblich, einen erhöhten und unerwarteten Verbrauch in Asien sowie die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union selbst zurückzuführen ist. Infolgedessen sind die Speicherkapazitäten [gering](#), und Staaten in ganz Europa könnten mit Gasmangel oder möglichen Stromausfällen konfrontiert werden.

Im vergangenen Monat hatte die Republik Moldau den Notstand ausgerufen, nachdem ihr Gasvertrag mit dem staatlich kontrollierten russischen Gaskonglomerat Gazprom, dem wichtigsten Erdgaslieferanten Europas, im September ausgelaufen war. Gazprom drosselte die Lieferungen an die Republik Moldau um ein Drittel, bis ein neuer Vertrag und eine Vereinbarung über die Begleichung von Rechnungen erreicht werden konnte. Da der Gasdruck [gefährlich niedrig](#) war, ersuchte Moldawien die Europäische Union um Soforthilfe – obwohl es kein EU-Mitglied ist – und erhielt [60 Millionen Euro](#) zur Bewältigung der Krise. Polen und die Ukraine, die sich beide als Opfer von Gazproms schraubstockartigem Griff auf Europa betrachten, eilten Chisinau zu Hilfe und sagten zu, zusätzliche Mengen zu verkaufen. Doch weniger als zwei Tage später schloss die Republik Moldau einen neuen [Fünfjahresvertrag](#) mit Gazprom ab, der sowohl die Energieabhängigkeit des Landes von Russland als auch seine politischen Beziehungen zu diesem Land verstärkt.

Ein Dringlichkeitsgipfel der Europäischen Union zur Bewältigung der Krise hat die Gräben zwischen den Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Energieinteressen vertieft. Als die Gaspreise in den letzten zehn Jahren fielen, versuchten einige europäische Staaten, aus langfristigen Erdgasverträgen mit Russland [auszusteigen](#), während andere ihre Handelsbeziehungen [vertieften](#) – was die unionsweiten Bemühungen um eine Energiereform ins Stocken brachte und das Risiko von Marktschwankungen erhöhte. Weitere [Meinungsverschiedenheiten](#) über die Klimapolitik der Europäischen Union und die Nord Stream 2-Gaspipeline von Gazprom haben das Thema Energiesicherheit noch komplizierter gemacht. Die europäische

Energiesicherheit ist aufgrund der strukturellen Verflechtung mit Russland seit langem ein großes Problem: Europa ist in Bezug auf [mehr als ein Drittel](#) seines Energiebedarfs von Russland abhängig, und Europa ist der profitabelste Kohlenwasserstoffverbraucher Russlands gewesen.

Energie steht an der Nahtstelle zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Ein sicherer und ununterbrochener Zugang zu Energie ist für alle Aspekte der Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung und ermöglicht nahezu jede Funktion des Militärs. Energie ist seit mehr als einem Jahrhundert eine wichtige Triebkraft von Konflikten und eine strategische Überlegung bei der Kriegsführung, aber zwischen 1970 und 2010 ist die Energieintensität von Konflikten um das [Sechzehnfache](#) gestiegen. Die europäischen Gaskrisen von 2006 und 2009 haben die Verwundbarkeit der NATO deutlich gemacht. In den letzten Jahren hat Russland eine Reihe hybrider [Drohungen](#) gegen kritische Energieinfrastrukturen und -anlagen in NATO-Mitgliedstaaten (Polen, Türkei, UK und Vereinigte Staaten) und NATO-Partnern (Ukraine) eingesetzt.

Unsichere Energieversorgung kann tiefgreifende Auswirkungen auf die Sicherheitslage haben. Europa hat festgestellt, dass es keinen einfachen Weg zur Energiesicherheit gibt, und kurzfristige Lösungen für die Energiekrise (z. B. die Unterzeichnung langfristiger Verträge für zusätzliche Mengen russischen Gases) können längerfristige Ziele untergraben. Die derzeitige Krise unterstreicht das größte Problem der europäischen Energiesicherheitsfrage: Europas divergierende Interessen blockieren eine einheitliche Agenda, was die europäische Verhandlungsmacht schwächt und die Union unsicherer macht. Da der Gashandel bilateral und nicht auf EU-Ebene abgewickelt wird, nutzt Russland die Spaltung Europas aus, indem es Staaten mit geringerer relativer Verhandlungsmacht bestraft und seine besten Verbraucher belohnt. Nichtsdestotrotz sollten Europa und die Vereinigten Staaten Maßnahmen ergreifen, um die unmittelbare Krise zu lindern und gleichzeitig die längerfristige Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber dem russischen Energiezwang zu stärken. Diese Maßnahmen, einschließlich einer größeren Flexibilität bei umweltfreundlichen Initiativen, einer Neubewertung der Kernenergie und einer Verbesserung der Energieinfrastruktur zwischen den Staaten, können eine übel schmeckende, aber lebensrettende Medizin sein.

Europas (jüngste) Gas-Krise

Obwohl die Republik Moldau eine Energiekatastrophe abwenden konnte, ist die diesjährige europäische Energiekrise noch lange nicht vorbei. Europa geht in die Wintersaison mit weniger Gas in den Lagern als üblich, höheren Preisen und einem knapperen globalen Angebot. Infolgedessen zahlen die Haushalte bereits höhere Preise, und einige energieintensive Industrien, insbesondere in Osteuropa, waren gezwungen, ihre Produktion zu [drosseln](#). Die Ukraine befindet sich in einer besonders schwierigen Lage und könnte mit einer ernsthaften [Verknappung](#) von Erdgas und Kohle

konfrontiert werden, was zu Stromausfällen führen könnte. Die Beziehungen zu Moldawien und der Ukraine werden über die Europäische Nachbarschaftspolitik gestaltet und sind daher ein wichtiger Aspekt der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Litauen, Polen und andere haben Russland [beschuldigt](#), die Gasmärkte zu manipulieren, um die Preise in die Höhe zu treiben, und haben die Europäische Kommission aufgefordert, eine Untersuchung der Marktpraktiken von Gazprom in Europa einzuleiten. Pawel Majewski, der Vorstandsvorsitzende des polnischen Versorgungsriesen PGNiG [erklärte](#), die Situation in Moldawien sei „ein Beweis für das, was wir schon seit vielen Monaten sagen: dass die Interessen des wichtigsten Gaslieferanten aus dem Osten leider hart durchgesetzt werden. Gazprom ist kein Freund der EU“.

Die Reaktion Russlands auf die Energiekrise war lauwarm: Obwohl Putin Behauptungen [zurückwies](#), der Kreml würde Energie als Waffe einsetzen, wartete er bis sehr spät in der Saison, um mit dem Auffüllen der europäischen Gasspeicher zu beginnen. Gazprom kündigte außerdem an, im nächsten Jahr keine [zusätzlichen Transportkapazitäten](#) durch bestehende ukrainische und polnische Pipelines zu buchen, und signalisierte damit seine Absicht, die endgültige Genehmigung für Nord Stream 2 abzuwarten, die sich nun bis frühestens Frühjahr 2022 verzögert. Putin bot außerdem an, sofort mehr Gas an die Europäer zu verkaufen, wenn diese zusätzliche Mengen über die von Gazprom bevorzugten langfristigen Verträge buchten. Im September tat Ungarn genau das und unterzeichnete einen verbindlichen [15-Jahres-Vertrag](#) für russisches Erdgas, das über die Turk-Stream-Pipeline von Gazprom geliefert wird, womit es die traditionelle Transitroute durch die Ukraine umgeht und dieses Land somit wertvolle Transitgebühren einbüßt. Dies verärgerte viele osteuropäische Staaten und veranlasste das ukrainische Außenministerium zu der [Behauptung](#), Budapests „rein politische, wirtschaftlich unvernünftige Entscheidung“ sei „zum Nachteil der nationalen Interessen der Ukraine und der ukrainisch-ungarischen Beziehungen“ getroffen worden.

Europas und Russlands unangenehme gegenseitige Abhängigkeit

Lange vor dem Aufkommen von verflüssigtem Erdgas wurde der europäische Gasmarkt mit einer Pipeline-Infrastruktur aufgebaut, die Russland mit seinen europäischen Abnehmern verbindet und sowohl Russland als auch Europa in gegenseitige Abhängigkeit bringt: Europa ist auf Russlands Kohlenwasserstoffe angewiesen, und die russische Wirtschaft ist ihrerseits in hohem Maße von den Einnahmen aus dem Verkauf der Ressourcen abhängig. Die Gas- und Öleinnahmen machen im Durchschnitt [40 Prozent](#) des Jahreshaushalts der Russischen Föderation aus. Im Gegensatz zu Erdöl ist Erdgas jedoch leicht entflammbar, steht unter Druck und ist schwer zu handhaben und zu transportieren, was traditionell eine feste Infrastruktur, langfristige Investitionen und eine Punkt-zu-Punkt-Lieferung erfordert. Diese wechselseitige Abhängigkeit erklärt, warum Russland durch seine Ressourcen sowohl mächtiger als auch eingeschränkt

wird.

Diese Krise findet vor dem Hintergrund eines entscheidenden Ziels der russischen Außenpolitik statt: der Genehmigung der Nord-Stream-2-Pipeline von Gazprom, die die wichtigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Deutschland stärkt und gleichzeitig die Rolle der Ukraine als Gastransitland schwächt. Putin war zu Recht verärgert über die **Drohungen** des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko, als Reaktion auf die Sanktionen der Europäischen Union den Gastransit nach Europa zu unterbrechen – Gazprom hat einen Großteil der letzten zwei Jahrzehnte damit verbracht zu zeigen, dass es ein **zuverlässiger** und unpolitischer Erdgaslieferant für Europa ist. Zugleich will Putin Europa zeigen, dass direkte Pipelines sicherer sind.

Die beiden ukrainischen Gaskrisen von 2006 und 2009 zeigen dieses Dilemma sowohl für Russland als auch für Europa. Sowohl 2006 als auch 2009 führten Gaspreisstreitigkeiten zwischen Kiew und Moskau dazu, dass langfristige Gasverträge nicht vorzeitig verlängert wurden, was Russland dazu veranlasste, die durch ukrainische Transitpipelines geleiteten Gasmengen zu reduzieren. Nachdem Russland die Ukraine beschuldigt hatte, für europäische Verbraucher bestimmtes Gas zu stehlen, drehte Gazprom den Gashahn ganz zu, was zu einer **humanitären Krise** auf dem Balkan führte, als keine Energie zum Heizen von Häusern oder zur Stromerzeugung für Krankenhäuser verfügbar war.

Diese Ereignisse rückten die europäische Energiesicherheit in den Vordergrund der politischen Agenda und führten zur Umsetzung des **dritten Energiepakets** der Europäischen Union im Jahr 2009, mit dem die Gasmärkte liberalisiert und die Möglichkeiten Russlands, Energie als Waffe einzusetzen, verringert werden sollten. Die wichtigste Auswirkung des dritten Energiepakets bestand darin, das Monopol von Gazprom auf dem europäischen Gasmarkt zu brechen, indem die Trennung der Energieversorgung und -erzeugung vom Betrieb der Übertragungsnetze erzwungen wurde. Diese Gesetzgebung zwang Gazprom, seine Marktstrategie zu übernehmen, die bis dahin in der vertikalen Integration der gesamten Energiekette der nachgelagerten Verbraucher bestand. Einige Staaten, darunter Litauen, haben Gazprom gezwungen, seine Anteile an ihren Fernleitungsnetzen zu verkaufen, während andere, wie Moldawien, von dieser Verantwortung abgewichen sind und Gazprom noch mindestens ein Jahr lang als Monopolist weiterarbeiten lassen.

Europäische Energie-Uneinigkeit

Das dritte Energiepaket hat zwar den Einfluss von Gazprom verringert, aber wenig dazu beigetragen, die divergierenden Interessen Europas im Energiebereich anzugehen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Russland die den Gasverkauf regelnden bilateralen Verträge ausgenutzt und schwächeren, energiearmen Staaten, die keinen Zugang zu alternativen Lieferquellen (Häfen für flüssiges Erdgas oder sogar alternative Energiequellen wie Kernkraft) haben, große Zugeständnisse abverlangt.

Gleichzeitig unterhielt Gazprom eine vertrauensvolle Beziehung zu Deutschland, seinem [profitabelsten](#) Abnehmer, dessen Gasnachfrage stieg, als es als Reaktion auf die Nuklearkatastrophe von Fukushima seine Abhängigkeit von der Kernenergie verringerte. Im Jahr 2020 entfielen mehr als [26 Prozent](#) der Gesamtexporte von Gazprom außerhalb der ehemaligen Sowjetunion auf Deutschland.

Weitere Bemühungen der Europäischen Union, den undurchsichtigen Erdgasmarkt transparenter zu machen, stießen auf den Widerstand Deutschlands, Ungarns und anderer Staaten, die eine vorgeschlagene Initiative zur Veröffentlichung bilateraler Erdgasverträge [ablehnten](#). Diese Staaten, die sich für die Beibehaltung langfristiger Verträge mit Gazprom entschieden haben, argumentierten, dass diese Verträge vertrauliche „wirtschaftlich sensible“ Informationen enthielten, die geschützt bleiben müssten. Moskaus „Teile und herrsche“-Ansatz hat dazu geführt, dass die Korruption in der Industrie entlang der gesamten Energiewertschöpfungskette gedeihen konnte, wovon die Eliten in den europäischen Staaten [profitierten](#), die an den russischen Energieexporten beteiligt waren. Die Energiekorruption in der Ukraine war so weit verbreitet, dass sie zur Maidan-Revolution, zur Annexion der Krim und zum anhaltenden Krieg in der Ostukraine [beitrug](#).

Die jüngste Krise offenbart auch das Spannungsfeld, in dem sich die Energiepolitik der Europäischen Union befindet, nämlich zwischen der Sicherheit der Energieversorgung einerseits und den Bemühungen um die Dekarbonisierung andererseits. Die Europäische Union hat ihre Mitglieder unter Druck gesetzt, den Kohleverbrauch bis [2050](#) im Einklang mit den Ergebnissen des jüngsten [COP26-Gipfels](#) auslaufen zu lassen und sich bei der Stromerzeugung stärker auf Erdgas zu verlassen. Davon waren die osteuropäischen Mitgliedstaaten, die ohnehin schon am stärksten von russischen Lieferungen abhängig waren, unverhältnismäßig stark betroffen. Die Staaten vor die Wahl zu stellen, zwischen einem sicheren Zugang zur Energieversorgung und zunehmend existenziellen Umweltfolgen zu wählen, war keine erfolgreiche Politik. Die Europäische Union drängte die Entwicklungsländer auch dazu, sich vom Kohleverbrauch abzuwenden, und machte sie so zu Konkurrenten um Flüssiggaslieferungen aus Katar und den Vereinigten Staaten. Dies war unerwartet und deutlich zu spüren, als die Gasnachfrage in Asien [stark anstieg](#), als die Volkswirtschaften sich von der Pandemie erholten.

Der fehlende Konsens in Energiefragen macht Europa unfähig, als einheitlicher Block zu handeln, und ist sein größtes Hindernis auf dem Weg zu mehr Energiesicherheit. Gazprom hat in den frühen 2000er Jahren gelernt, dass bilaterale Gasverträge vorteilhaft sind, weil sie kollektive Verhandlungen untergraben und eine effektive Geiselnahme erleichtern. Während Polen und Litauen in den frühen 2010er Jahren gezwungen wurden, [exorbitante](#) Gaspreise zu zahlen, [ignorierten](#) größere Staaten wie Deutschland und Frankreich ihre Bitten, um die profitable Beziehung zu Russland nicht zu gefährden.

Die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über Nord Stream 2 sind ein Beweis dafür, dass diese Uneinigkeit die europäische Energiesicherheit immer noch beeinträchtigt. Polen und die Ukraine, zwei der schärfsten Kritiker Russlands in der Region, haben wiederholt vor den Gefahren einer zunehmenden Abhängigkeit von russischen Energielieferungen gewarnt und argumentiert, dass mit der Genehmigung von Nord Stream 2 ein wichtiges [Abschreckungsmittel](#) gegen weitere russische Aggressionen in der Ukraine wegfällt. Bis auf Weiteres bleibt die Ukraine ein primärer Gastransitkorridor zu den europäischen Märkten, was die Kosten eines umfassenden Krieges in die Höhe treibt. Während die Gaspreise auf dem gesamten Kontinent in die Höhe schossen, schwieg Berlin, bis das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Energie eine [Bewertung](#) [des BMWi auf Deutsch] veröffentlichte, in der es erklärte, dass das Ministerium davon ausgeht, dass die Zertifizierung von Nord Stream 2 „die Sicherheit der Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union nicht gefährden wird“.

Während die entscheidende Kluft in der Energiefrage im Allgemeinen entlang der Ost-West-Spaltung verläuft, bedeuten die unterschiedliche Ausstattung mit Faktoren sowie die unterschiedlichen politischen Richtungen, dass selbst innerhalb Mittel- und Osteuropas tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie die Energiesicherheit am besten zu gewährleisten ist. Polen und Litauen haben die Diversifizierung weg von russischen Lieferungen angeführt, aber Ungarn hat sich dafür entschieden, seine Energieabhängigkeit durch die Vertiefung seiner Beziehungen zu Moskau zu managen, indem es ein günstiges [Gasabkommen](#) unterzeichnete und sich einen 11-Milliarden-Dollar-Kredit für den Bau eines Kernkraftwerks [sicherte](#).

Der Balanceakt zwischen Energie und Umwelt

Nutznießer dieser Meinungsverschiedenheiten ist natürlich Moskau, das mit Vergnügen beobachtet hat, wie Europa es immer wieder versäumt, einen Konsens in Energiefragen zu erzielen. Der Oktobergipfel in Brüssel brachte nur wenige konkrete Ergebnisse zur Energiekrise und trug stattdessen dazu bei, die Spaltungen innerhalb des Blocks zu vertiefen. [Polen, Ungarn und die Tschechische Republik](#) forderten eine umfassende Überarbeitung des Klimaplanes der Europäischen Union und machten diesen als Hauptverursacher der Energiekrise verantwortlich. Diese großen politischen Unterschiede tragen zu der schizophrenen Russlandpolitik der Europäischen Union bei, die einerseits Sanktionen verhängt und andererseits ihr Engagement [verstärkt](#). Nichtsdestotrotz bietet diese jüngste Krise zusammen mit der anhaltenden Aggression Russlands gegenüber der Ukraine einen Ansatzpunkt für ein Engagement innerhalb des Westens, um die Widerstandsfähigkeit Europas gegenüber der russischen Energiepolitik zu erhöhen. Angesichts der Uneinigkeit in Europa könnte dies eher bilaterale als unionsweite politische Initiativen erfordern.

Angesichts der Tatsache, dass Europa auf absehbare Zeit in einer wechselseitig abhängigen Energiebeziehung mit Russland gefangen bleiben

wird, gibt es mehrere politische Optionen, die jedoch alle mit Kompromissen verbunden sind. Kurz- und mittelfristig kommt es zu einem unglücklichen Zusammenstoß zwischen Energie- und Umweltproblemen. Um die Energiesicherheit ihrer Mitgliedstaaten und der gesamten europäischen Gemeinschaft zu gewährleisten, muss die Europäische Union möglicherweise erwägen, einige ihrer [ehrgeizigen Klimaregeln](#) zu ändern oder vorübergehend auszusetzen.

Die Energiekrise in der Ukraine ist ein Beispiel für diese schwierige Entscheidung: Die Ukraine wird wahrscheinlich mit Energieengpässen konfrontiert sein, die in diesem Winter zu [Stromausfällen](#) führen könnten. Der Westen könnte dies durch sofortige Kohlelieferungen verhindern, eine Politik, die den langfristigen Klimazielen widerspricht. Auch Polen, der größte Kohleproduzent in der Europäischen Union, muss seinen Kohleausstieg möglicherweise um mehr als ein Jahrzehnt [hinausschieben](#), um seinen Energiepuffer gegenüber Russland zu wahren. Diese kurz- und mittelfristige Lösung würde dazu beitragen, die Abhängigkeit der Ukraine und Polens von Russland zu verringern, steht aber im Widerspruch zu den grünen Initiativen der Europäischen Union.

Langfristig wird sich die Europäische Union mit ihren tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über die Kernenergie auseinandersetzen müssen, die sowohl die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen verringern als auch der Europäischen Union helfen könnte, ihre Klimainitiativen zu erfüllen. Sowohl Angela Merkel als auch die [neue](#) deutsche Regierung haben Deutschlands strikte Ablehnung der Kernenergie [bekräftigt](#) und argumentiert, dass die Kernenergie nicht als saubere Energie betrachtet werden sollte. Viele in Mittel- und Osteuropa sowie in Frankreich sind anderer Meinung, was eine einmalige Gelegenheit für [US-Kernkraftunternehmen](#) darstellt, Marktanteile zurückzugewinnen, die sie in den letzten Jahren an das russische Unternehmen Rosatom [verloren](#) haben.

Die Vereinigten Staaten wollen schon seit langem, dass sich Europa von der russischen Energie abwendet. Die [Ernennung](#) von Amos Hochstein zum Energiesicherheitsbeauftragten für Europa durch das Außenministerium unterstreicht dieses Ziel. Angesichts der Uneinigkeit Europas im Energiebereich könnte es sinnvoller sein, bilateral mit den Staaten zusammenzuarbeiten, die am anfälligsten für russische Zwänge im Energiebereich sind: Ukraine, Moldawien und [Südosteuropa](#). In diesen Staaten ist eines der größten Hindernisse auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit die endemische [Korruption](#) im Energiebereich, durch die sich mächtige Einzelpersonen auf Kosten der staatlichen Energiesicherheit bereichern. Dies ist keine schnelle oder einfache Lösung, aber sie ist entscheidend.

Aussichten

Europa steht vor seiner größten energiepolitischen Herausforderung seit über einem Jahrzehnt. Diese Krise ist jedoch eine Chance für die

europäischen Staaten, gemeinsam oder zumindest bilateral mit den Vereinigten Staaten Pläne zu koordinieren, wie sie ihre Energiebeziehungen zu Russland gestalten können. Wenn es Europa nicht gelingt, sein Koordinationsproblem im Energiebereich zu überwinden, wird es dem russischen Druck weiterhin schutzlos ausgeliefert sein und die Bedrohung durch den Klimawandel nicht adäquat bewältigen können.

Emily Holland, Ph.D., is an assistant professor in the Russia Maritime Studies Institute at the Center for Naval Warfare Studies, U.S. Naval War College. Dr. Holland studies energy politics, Russian and European foreign policy, U.S.-Russian relations, and populist movements in East-Central Europe and Russia. Her book project, "Poisoned by Gas" elucidates the relationship between foreign policy, domestic politics, and the natural gas trade in Europe and the post-Soviet space. The views expressed here are hers alone and do not express those of the Naval War College, the U.S. Navy, or the Department of Defense.

Link:

https://warontherocks.com/2021/11/europes-energy-security-problem-leaves-it-in-the-cold/?mc_cid=e49a453a4a&mc_eid=08ba9a1dfb via GWPF-Newsletter

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE